



**Interpellation der FDP-Fraktion
betreffend Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Individualbesteuerung einführen
vom 4. Mai 2021**

Die FDP-Fraktion hat am 4. Mai 2021 folgende Interpellation eingereicht:

Der Bundesrat hat sich in seiner Stellungnahme zur Interpellation 20.3876 positiv zur Individualbesteuerung geäussert: «Die Individualbesteuerung schneidet im Hinblick auf die Arbeitsmarkt- und Wachstumseffekte besser ab als Modelle der gemeinsamen Besteuerung».

Darum und auch weil die Individualbesteuerung einen grossen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie leistet, erachten wir es als sinnvoll, dass der Kanton diesem auf nationaler Ebene grundsätzlich gutgeheissenen Anliegen der Individualbesteuerung Nachdruck verleiht und gleichzeitig auch aufzeigt, wie eine Umstellung auf die Individualbesteuerung auf kantonaler Ebene möglich ist. Die Vorteile einer Individualbesteuerung liegen auf der Hand und sind beispielsweise in einer von «avenir suisse» publizierten Studie vom April 2019 aufgezeigt. Auch die beiden nationalen Parteipräsidenten der SP und der FDP, Christian Levrat sowie Philipp Müller haben sich bereits im April 2016 klar für eine Individualbesteuerung ausgesprochen: «Christian Levrat und Philipp Müller, haben heute bekräftigt, dass sie sich im Falle einer Ablehnung gemeinsam mit dem Bundesrat für die Einführung der Individualbesteuerung einsetzen werden».

Die Erwerbstätigkeit soll sich lohnen. Zweitverdienende sollten nicht für ihr Erwerbseinkommen steuerlich bestraft werden. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ist es wichtig, das Potenzial an qualifizierten Frauen durch die Setzung ökonomisch sinnvoller Anreize zu nutzen. Die Einführung einer zivilstandsunabhängigen Individualbesteuerung würde diese Ungerechtigkeit beseitigen und damit der steuerlichen Bevorzugung einzelner Lebensformen beenden.

Die Individualbesteuerung als Massnahme zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist zielführend und wichtig und kann auch auf entsprechenden Druck der Kantone vorangetrieben werden.

Die FDP Frauen Schweiz haben am 9. März 2021 die eidgenössische Volksinitiative «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung (Steuergerechtigkeits-Initiative)» lanciert.

Wir bitten den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1.
 - a) Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass eine Individualbesteuerung die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördert? Mit welcher Begründung?
 - b) Ist das Anliegen einer Individualbesteuerung aus Sicht des Regierungsrats ein sinnvolles Anliegen? Weshalb?
2. Gab es Anfragen / Vernehmlassungen seitens Bund, bei denen der Kanton Zug seine Meinung zur Individualbesteuerung äussern durfte? Wenn ja, welche? Wie äusserte sich der Regierungsrat?

3. Welche wesentlichen Folgen für den Kanton Zug sieht der Regierungsrat bei einer Umsetzung der Individualbesteuerung?
4. Welche veranlagungstechnischen Herausforderungen gäbe es bei der Einführung der Individualbesteuerung und welche Voraussetzungen müssten erfüllt sein, damit diese Herausforderungen gemeistert werden können?